



STADTGEMEINDE BLEIBURG

10. Oktober Platz 1, A – 9150 Bleiburg, Bezirk Völkermarkt, Kärnten

Sitzungsauszug gemäß § 45 Abs. 6 der Kärntner Allgemeinen Gemeindeordnung, K-AGO idgF.

aufgenommen in der 27. Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Bleiburg am Donnerstag, den 25. Juni 2026 im Stadtamt Bleiburg.

Anwesend:

Gemeinderatsmitglieder:

Bgm. Daniel Wrießnig
Vzbgm. Johann Rigelnik
Vzbgm. Dominik Peter Stuck
StR. Markus Trampusch
StR. Manfred Daniel, Woroujach
StR Michael Wolfgang Gajscek
GR DI(FH) Hermann Enzi
GRⁱⁿ Kristina Anna Müller
GR Daniel Thaler
GR Anton Brezovnik
GR ÖR Ing. Johann Tomitz
GR Ing. Gerhard Matschek
GR DI Stefan Johann Domej
GR Mag. Erich Kueß
GR Karl Heinz Pirker
GR Alexander Themel
GR Vinzenz Kušej
GR Christian Böhm
GR Franz Skutl
GR Ing. Harald Mörtl
GR Anton Polzer (Ersatzmitglied für den verhinderte GRin Sarah Klatzer, BA)
GR Peter Breburda (Ersatzmitglied für den verhinderte GRin Linda Beatrice Stefitz, B.Sc)
GR DI (FH) Koschutnik Lukas ab TOP 3 (Ersatzmitglied für den verhinderten GR Mag. Johannes Lutnik)

Abwesend:

GRin Sarah Klatzer, BA (entschuldigt)
GRin Linda Beatrice Stefitz, B.Sc (entschuldigt)
GR Mag. Johannes Lutnik (entschuldigt)

Vom Amt:

Stadtamtsleiter Gerhard Pikalo und
Julia Kainbacher als Protokollführer

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden des Gemeinderates am 18.06.2026 einberufen. Die Zustellnachweise liegen vor. Die Sitzung ist bis auf TOP 16 öffentlich. Die Tagesordnung ist aus der beigeschlossenen Einladung ersichtlich.

VERLAUF DER SITZUNG

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen zur 27. Sitzung des Gemeinderates, eröffnet die Sitzung und stellt mit 22 anwesenden Mitgliedern die Beschlussfähigkeit fest. Er fragt an, ob sich gegen die Tagesordnung ein Einwand erhebt.

Nachdem gegen die Tagesordnung kein Einwand erhoben wird, wird einstimmig beschlossen, folgenden Punkt zusätzlich auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen:

Punkt 17: „Resolution zur Erhaltung des Bezirksgerichtes Bleiburg“

Zu Punkt 1: (Bestellung von zwei Protokollzeichnern für die Niederschrift über die Gemeinderatssitzung vom 25.06.2026)

Für die Mitfertigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 25.06.2026 werden vom Gemeinderat einstimmig GR ÖR Ing. Johann Tomitz und GR Anton Brezovnik bestellt.

Zu Punkt 2: (Bericht an den Gemeinderat über die Verwendung der Finanzaufweisungen für Investitionen gemäß KIG 2023 und 2025)

Auf Antrag des Berichterstatters nimmt der Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Ausschusses für Finanzen, Sicherheit und Marktwesen vom 08.06.2026 und dem Beschluss des Stadtrates vom 15.06.2026 einstimmig folgenden Bericht zur Kenntnis:

Kommunalinvestitionsgesetz 2023 (KIG 2023) – Bericht gemäß § 3 Abs. 1 KIG 2023						
Bericht bis 31. Dezember 2026 über die Verwendung der Mittel (=tatsächlich getätigte Auszahlungen) und Mittelverwendungsplanung						
Gemeindebezeichnung						
Gesamthöhe KIG 2023 Finanzzuweisung in EUR: 146.704,00						
Mittelverwendung in EUR***)						
Projektbezeichnung	Energie- wende *)	Kindergärten Schulen *)	Sonstige *)	Projektbeginn**	Auszahlungen	Planung
Straßeninstandhaltung Dobrowa			X	01.01.2025	€ 19 776,07	
Straßeninstandhaltung St. Margarethen			X	01.01.2025	€ 37 210,00	
Straßeninstandhaltung Rinckenberg			X	01.01.2025	€ 15 117,23	
Schulzentrum Bleiburg		X		01.01.2027	€ 74 600,70	
				Summen:	€ 72 103,30	€ 74 600,70
				Gesamtsumme:	€ 146 704,00	

*) **Energiewende:** Investitionen in die Energiewende, **Kindergärten, Schulen:** Investitionen in die Errichtung, Erweiterung und Sanierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen, **Sonstige:** Sonstige Investitionen

) **Projektbeginn: gültiger Zeitraum: 1.1.2023 bis 31.12.2027

***) **Mittelverwendung:** gültiger Zeitraum: Auszahlungen bis 31.12.2028

Dieser Bericht ist vom Bürgermeister bis 31.12.2026 an den Gemeinderat zu erstatten und bis zum 31.12.2026 auf der Homepage der Gemeinde zu veröffentlichen.

Der **endgültige Bericht über die Mittelverwendung** wird dem Gemeinderat bis **31.12.2028** vorzulegen und auf der Homepage der Gemeinde kundzumachen sein.

Der Bürgermeister:

(Daniel Wrießnig)

Zu Punkt 3: (Finanzierungsplan für die Sonstige Investition „Ankauf eines Bestattungsfahrzeuges“ im Ausmaß von € 55.000,00)

Auf Antrag des Berichterstatters beschließt der Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Ausschusses für Finanzen, Sicherheit und Marktwesen vom 08.06.2026 und dem Beschluss des Stadtrates vom 15.06.2025 einstimmig:

Der Finanzierungsplan wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Zu Punkt 4: (Kontrollbericht vom 01.06.2026)

Der Berichterstatter bringt den Kontrollbericht vom 01.06.2026 für den Prüfungszeitraum 01.01.2026 bis 31.03.2026 zur Kenntnis.

Der Bericht des Kontrollausschusses wird von den Mitgliedern des Gemeinderates zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 5: (Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle Nr. 109/1, KG 76015 Rinkenberg, im Ausmaß von ca. 800 m²)

Auf Antrag des Berichterstatters beschließt der Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Wohnbau, Raumplanung, Energie, Mobilität und Digitalisierung vom 28.05.2026 und dem Beschluss des Stadtrates vom 15.06.2026 einstimmig:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Bleiburg beschließt die Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle Nr. 109/1, KG 76015 Rinkenberg, im Ausmaß von ca. 800 m² von derzeit „Grünland – für die Land- und Forstwirtschaft bestimmte Fläche; Ödland“ in „Bauland – Dorfgebiet“ laut beiliegendem Lageplan vom 29.01.2026, welcher einer integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses darstellt. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bei Vorliegen der aufsichtsbehördlichen Genehmigung, die entsprechende Verordnung zu erlassen.

Voraussetzung für die Umwidmung ist weiters der Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung zur Sicherstellung der widmungsgemäßen Verwendung der gegenständlichen Teilfläche. Sollte diese Vereinbarung nicht binnen 3 Monaten ab Beschlussfassung des Gemeinderates vom Widmungswerber bzw. Grundeigentümer unterfertigt und die Sicherstellung hinterlegt werden, so gilt dieser Beschluss als aufgehoben.“

Beilage: Lageplan

Zu Punkt 6: (Abschluss einer Vereinbarung zwischen Herrn Josef Tomitz und der Stadtgemeinde Bleiburg zur Sicherstellung der widmungsgemäßen Verwendung einer Teilfläche des Grundstückes 109/1, KG 76015 Rinkenberg)

Auf Antrag des Berichterstatters beschließt der Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Wohnbau, Raumplanung, Energie, Mobilität und Digitalisierung vom 28.05.2026 und dem Beschluss des Stadtrates vom 15.06.2026 einstimmig:

Die Vereinbarung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Zu Punkt 7: (Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle Nr. 1254/15, KG 76010 Moos, im Ausmaß von ca. 820 m²)

Auf Antrag des Berichterstatters beschließt der Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Wohnbau, Raumplanung, Energie, Mobilität und Digitalisierung vom 28.05.2026 und dem Beschluss des Stadtrates vom 15.06.2026 einstimmig:

„Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Bleiburg beschließt die Umwidmung einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 1254/15, KG 76010 Moos, im Ausmaß von insgesamt ca. 820 m² von derzeit „Grünland-für die Land- und Forstwirtschaft bestimmte Fläche; Ödland“ in „Grünland - Nebengebäude“ laut beiliegendem Lageplan vom 30.01.2026, welcher einen integrierenden Teil dieses Beschlusses darstellt. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bei Vorliegen der aufsichtsbehördlichen Genehmigung, die entsprechende Verordnung zu erlassen.“

Beilage: Lageplan

Zu Punkt 8: (Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 28.07.2022 betreffend die Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle Nr. 598/2, KG 76001 Aich)

Auf Antrag des Berichterstatters beschließt der Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Wohnbau, Raumplanung, Energie, Mobilität und Digitalisierung vom 28.05.2026 und dem Beschluss des Stadtrates vom 15.06.2026 einstimmig:

„Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Bleiburg beschließt die Aufhebung des Beschlusses vom 28.07.2022, mit welchem die Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle Nr. 598/2, KG 76001 Aich, im Ausmaß von ca. 800 m² von Grünland – für die Land- und Forstwirtschaft bestimmte Fläche; Ödland in Bauland – Dorfgebiet beschlossen wurde. Die Aufhebung dieses Beschlusses erfolgt auf Grund einer negativen Beurteilung durch den raumordnungsfachlichen Amtssachverständigen im Zuge des aufsichtsbehördlichen Genehmigungsverfahrens bei der Kärntner Landesregierung.“

Zu Punkt 9: (Abschluss eines Stromliefervertrages, abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Bleiburg und der KELAG-Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft)

Auf Antrag des Berichterstatters beschließt der Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Stadtrates vom 15.06.2026 einstimmig:

Der Stromliefervertrag wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Zu Punkt 10: (Verordnung betreffend der Abtretung von Teilflächen an bzw. vom öffentlichen Gut (UW Kelag))

Auf Antrag des Berichterstatters beschließt der Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Stadtrates vom 15.06.2026 einstimmig:

Die Verordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Zu Punkt 11: (Abschluss eines Kaufvertrages zwischen Herrn Bernd Daum und Herrn Christian Opetnik und Frau Mirjam Malle sowie der Stadtgemeinde Bleiburg)

Auf Antrag des Berichterstatters beschließt der Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Stadtrates vom 15.06.2026 einstimmig:

Der Kaufvertrag wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Zu Punkt 12: (Verordnung, mit welcher die Tarife für die schulische Tagesbetreuung neu festgelegt werden)

Auf Antrag des Berichterstatters beschließt der Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Stadtrates vom 15.06.2026 einstimmig:

Die Verordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Zu Punkt 13: (Aufnahme der MS Bleiburg im Karawanken UNESCO Global Geopark-Bildungsnetzwerk)

Auf Antrag des Berichterstatters beschließt der Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Stadtrates vom 15.06.2026 einstimmig:

„Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Bleiburg beschließt als Standortgemeinde der MS Bleiburg (laut Vorgabe des Karawanken UNESCO Global Geopark-Bildungszertifikates), die Aufnahme der MS Bleiburg im Karawanken UNESCO Global Geopark-Bildungsnetzwerk laut vorliegenden Kriterien und in weiterer Folge beim EVTZ Geopark Karawanken zu beantragen.“

Zu Punkt 14: (Nominierung der Vertreter der Stadtgemeinde Bleiburg in den jeweiligen Organen des Abwasser- und Schutzwasserverbandes Völkermarkt-Jaunfeld)

Auf Antrag des Berichterstatters beschließt der Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Stadtrates vom 15.06.2026 einstimmig:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Bleiburg nominiert als Vertreter der Stadtgemeinde Bleiburg in den jeweiligen Organen der Verbände:

Abwasserverbandes Völkermarkt-Jaunfeld:

a) in der Mitgliederversammlung:

Vizebürgermeister Johann Rigelnik
Gemeinderat Mag. Johannes Lutnik
Stadtrat Markus Trampusch

Ersatz: Stadtrat Manfred Daniel
Ersatz: Vizebürgermeister Dominik Stuck
Ersatz: Gemeinderat Daniel Thaler

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksgerichtes in hohem Maße ausgelastet sind und eine wichtige öffentliche Dienstleistung erbringen.

Eine Schließung des Bezirksgerichtes hätte weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Region. Neben dem Verlust des Gerichtsstandortes wären auch die örtliche Notariatsstelle sowie die Rechtsanwaltskanzlei in ihrer Existenz und Tätigkeit erheblich betroffen. Darüber hinaus wäre mit einem weiteren Kaufkraftabfluss aus dem Wirtschaftsraum Bleiburg zu rechnen, was die Entwicklung des ländlichen Raumes zusätzlich schwächen würde.

Besondere Bedeutung kommt der Zweisprachigkeit des Bezirksgerichtes Bleiburg zu. Als nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen zweisprachig geführtes Gericht erfüllt es eine zentrale Funktion für die slowenische Volksgruppe. Rund 10 % der Verfahren werden zweisprachig abgewickelt, während bei persönlichen Vorsprachen, Amtstagen und Grundbuchsangelegenheiten etwa die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger die slowenische Sprache verwendet.

Die sprachliche Kompetenz der Mitarbeiter gewährleistet, dass Anliegen sowohl in deutscher als auch in slowenischer Sprache unkompliziert und bürgernah bearbeitet werden können. Damit wird ein wichtiges Recht der Volksgruppe in vorbildlicher Weise umgesetzt. Es besteht die berechnete Sorge, dass dieses Niveau der sprachlichen Betreuung bei einer Verlagerung an einen größeren Gerichtsstandort nicht in gleicher Qualität und Selbstverständlichkeit gewährleistet werden könnte.

Auch aus infrastruktureller Sicht spricht vieles für den Erhalt des Standortes. Die ländliche Struktur der Region macht kurze Wege und einen niederschweligen Zugang zur Justiz besonders wichtig. Eine Verlegung des Gerichtes in eine weiter entfernte Stadt würde für viele Bürgerinnen und Bürger zusätzliche Belastungen verursachen und den Zugang zum Recht erschweren.

Das Bezirksgericht Bleiburg ist seit mehr als 100 Jahren im ehemaligen Bürgerspital untergebracht, das sich im Eigentum der Stadtgemeinde Bleiburg befindet. Das historisch wertvolle Gebäude wurde in den vergangenen Jahren umfassend saniert. Unter anderem wurden das Dach erneuert, die Fassade generalsaniert sowie die technischen und sicherheitstechnischen Einrichtungen auf den neuesten Stand gebracht. Damit stehen moderne und funktionale Räumlichkeiten zur Verfügung, die auch langfristig einen zeitgemäßen Gerichtsbetrieb gewährleisten.

Die Stadtgemeinde Bleiburg ersucht daher mit Nachdruck, von einer Schließung des Bezirksgerichtes Bleiburg Abstand zu nehmen und den Gerichtsstandort dauerhaft zu erhalten. Das Bezirksgericht stellt einen unverzichtbaren Bestandteil der regionalen Infrastruktur dar und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung einer bürgernahen, effizienten und zweisprachigen Rechtspflege.

Im Interesse der Bevölkerung, der regionalen Entwicklung sowie der Wahrung der Rechte der slowenischen Volksgruppe wird daher an die zuständigen Entscheidungsträger appelliert, den Fortbestand des Bezirksgerichtes Bleiburg sicherzustellen.

Resolucija za ohranitev Okrajnega sodišča v Pliberku

Mestna občina Pliberk je z veliko zaskrbljenostjo sprejela informacijo, da se v okviru načrtovanih strukturnih in varčevalnih ukrepov razmišlja o ukinitvi Okrajnega sodišča v Pliberku.

Sodni okraj Pliberk obsega občine Pliberk, Bistrica nad Pliberkom, Globasnica in Suha z okoli 9.090 prebivalkami in prebivalci. Okrajno sodišče v Pliberku že od leta 1848 zagotavlja zanesljivo, prebivalkam in prebivalcem prijazno in kakovostno izvajanje sodne oblasti za regijo. Posebna prednost Okrajnega sodišča je njegova neposredna bližina ljudem. Poznavanje regionalnih razmer ter osebna obravnava strank pomembno prispevata k učinkovitemu in zaupanju vrednemu sodstvu. To velja še posebej za območje, ki zaradi svojih jezikovnih in kulturnih posebnosti zahteva posebno občutljivost.

Učinkovitost Okrajnega sodišča v Pliberku se jasno kaže v številu zadev, ki jih obravnava vsako leto. Letno obravnava približno 900 civilnih zadev, 1.300 izvršilnih postopkov, 1.500 zemljiškoknjižnih predlogov, 110 zapuščinskih postopkov, 60 kazenskih zadev, 60 skrbniških postopkov ter okoli 200 overitev. Poleg tega nudi veliko število brezplačnih pravnih informacij in nasvetov, ki jih prebivalstvo pogosto koristi. Ti podatki jasno kažejo, da so zaposlene in zaposleni na sodišču v dobri meri obremenjeni ter opravljajo pomembno javno službo.

Ukinitve Okrajnega sodišča bi imela daljnosežne posledice za celotno regijo. Poleg izgube sodnega sedeža bi bila občutno prizadeta tudi lokalno notarsko mesto in odvetniška pisarna. Poleg tega bi bilo pričakovati nadaljnjo izgubo kupne moči iz gospodarskega prostora Pliberka, kar bi dodatno slabilo razvoj podeželskega območja.

Poseben pomen ima dvojezičnost Okrajnega sodišča v Pliberku. Kot po veljavnih zakonskih določbah dvojezično sodišče opravlja osrednjo vlogo za slovensko narodno skupnost. Približno 10 % postopkov poteka dvojezično, medtem ko pri osebnih obravnavah, uradnih dnevih in zemljiškoknjižnih zadevah približno polovica državljanek in državljanov uporablja slovenski jezik.

Jezikovna usposobljenost zaposlenih zagotavlja, da se zadeve lahko obravnavajo preprosto, učinkovito in prijazno do strank tako v nemškem kot v slovenskem jeziku. S tem se na zgleden način uresničuje pomembna pravica slovenske narodne skupnosti. Upravičeno obstaja skrb, da ob morebitnem prenosu pristojnosti na večje sodno središče takšna raven jezikovne obravnave ne bi bila več zagotovljena v enaki kakovosti in samoumevnosti.

Tudi z vidika infrastrukture obstajajo številni razlogi za ohranitev tega sodnega sedeža. Podeželska struktura regije zahteva kratke poti in enostaven dostop do pravosodja. Preselitev sodišča na oddaljeno mesto bi za številne prebivalke in prebivalce pomenila dodatne obremenitve ter otežila dostop do pravnega varstva.

Okrajno sodišče v Pliberku že več kot sto let deluje v nekdanji meščanski bolnišnici, ki je v lasti Mestne občine Pliberk. Zgodovinsko pomembna stavba je bila v zadnjih letih temeljito obnovljena. Med drugim so obnovili streho, celovito prenovili fasado ter posodobili tehnično in varnostno infrastrukturo. Tako so na voljo sodobni in funkcionalni prostori, ki tudi dolgoročno zagotavljajo pogoje za sodobno delovanje sodišča.

Mestna občina Pliberk zato odločno poziva pristojne odločevalce, naj odstopijo od namere o ukinitvi Okrajnega sodišča v Pliberku in trajno ohranijo njegov sedež. Okrajno sodišče predstavlja nepogrešljiv del regionalne infrastrukture ter pomembno prispeva k zagotavljanju prebivalcem prijaznega, učinkovitega in dvojezičnega pravosodja.

V interesu prebivalstva, regionalnega razvoja ter varovanja pravic slovenske narodne skupnosti, Mestna občina Pliberk poziva pristojne odločevalce, da zagotovijo nadaljnji obstoj Okrajnega sodišča v Pliberku.

Nachdem keinerlei Wortmeldungen mehr vorliegen und die Tagesordnung erschöpft ist, dankt der Vorsitzende für die Teilnahme und schließt die Sitzung.